

Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte

Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris

(Institut historique allemand)

Band 34/3 (2007)

DOI: 10.11588/fr.2007.3.50708

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

Ursula LANGKAU-ALEX, *Deutsche Volksfront 1932–1939. Zwischen Berlin, Paris, Prag und Moskau*. Erster Band: *Vorgeschichte und Gründung des Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront*, Berlin (Akademie Verlag) 2004, XIX–358 S., ISBN 3-05-004031-9, EUR 39,80; Zweiter Band: *Geschichte des Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront*, Berlin (Akademie Verlag) 2004, 590 S., ISBN 3-05-004032-7, EUR 59,80; Dritter Band: *Dokumente zur Geschichte des Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront, Chronik und Verzeichnisse*, Berlin (Akademie Verlag) 2005, 544 S., ISBN 3-05-004033-5, EUR 59,80.

Exil und Widerstand gegen die nationalsozialistische Terrorherrschaft stehen in der deutschen Geschichte in einem Spannungsverhältnis, das eine primär an der Aufarbeitung des militärischen Widerstands interessierte Forschung in den Nachkriegsjahren zunächst als Antagonismus faßte. Sichtliche Konvergenzpunkte wie etwa das »Nationalkomitee Freies Deutschland«, das als Sammelbecken von kommunistischen Emigranten und kriegsgefangenen Wehrmachtsoffizieren entstand, blieben, da 1943 von und in der Sowjetunion initiiert, lange umstritten, und erst in den siebziger Jahren rückten politikwissenschaftliche Arbeiten die Verbindung von illegalen Partei- und Gewerkschaftsgruppen zu ihren exilierten Landes- und Dachorganisationen, das Zusammenspiel der Akteure »drinnen« und »draußen« in den Blickpunkt. Eine solche Schnittstelle von Exil und Widerstand bildete prinzipiell auch der ab 1935 auf französischem Boden unternommene Versuch, die im Exil geographisch zerspreute und politisch zersplitterte Opposition zu versammeln und zu einer regelrechten »Volksfront« gegen Hitler zu organisieren. Bereits 1977 hatte U. Langkau-Alex die Untersuchung »Volksfront für Deutschland?«¹ vorgelegt, in der sie den Bestrebungen im Pariser Exil bis zur entscheidenden Versammlung im Pariser Hotel Lutetia am 2. Februar 1936 nachging. Ein Folgeband über den Verlauf und das letzte Scheitern der Volksfront-Versuche war geplant und ließ auf sich warten, weil eine seit der deutschen Einigung und der Öffnung osteuropäischer Archive beträchtlich erweiterte Quellenlage die Autorin vor neue Herausforderungen stellte.

Das Warten hat sich reichlich gelohnt: In *jahr(zehnt)elanger*, akribischer Quellenarbeit verfaßte U. Langkau-Alex ein gewichtiges, dreibändiges Werk, das auf rund 1500 Seiten die Einigungsversuche der deutschen Opposition im Pariser Exil dokumentiert und diese in dem komplexen Bezugsnetz von agierenden Einzelpersonen, Institutionen und Apparaten, nationalen und internationalen Entwicklungen und Machtverhältnissen bis unmittelbar zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs verortet. Dabei entfaltet sie ein mehrschichtiges Analyse- und Erklärungsmodell, das durch die Aufarbeitung von interner Organisationsgeschichte und deren Konfrontierung mit externen Faktoren das geistig-ideologische Spannungsfeld, in dem sich das Volksfront-Projekt entwickelte, nachzeichnet. Es zählt zu den Stärken des Werks, daß dieses mehrschichtige Verfahren das Ineinandergreifen bzw. die Überlagerung des Volksfront-Geschehens mit parteilichen oder staatlichen Interessen nachvollziehbar und die verschiedenen Konfliktebenen (bis hin in den Bereich persönlicher Rivalitäten) transparent macht, wobei die Fülle des angeführten Materials sorgfältige historische Einordnung und Kommentierung erfährt.

Band 1 gilt der Vorgeschichte und der Gründung des Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront. Er stellt eine überarbeitete Neuauflage des Bandes von 1977 dar, was einige Neuauswertungen einschließt. Der gängigen Auffassung, die Volksfront-Idee sei nach dem VII. Weltkongreß der Komintern im Juli/August 1935 von der KPD als Ausdruck ihrer Bündnisbereitschaft mit anderen Parteien (namentlich der bis dato als »sozialfaschistisch« verunglimpften Sozialdemokratie) in Umlauf gebracht worden, stellt U. Langkau-Alex nochmals den Nachweis entgegen, daß der Begriff bereits Anfang 1932 in der Kampagne zur Reichspräsidentenwahl lanciert worden war – und zwar durch den parteilosen Berliner Oberbürgermeister Heinrich Sahn, der »eine geschlossene Volksfront für den

1 Ursula LANGKAU-ALEX, *Volksfront für Deutschland? Band I: Vorgeschichte und Gründung des Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront*, 1933–1936, Frankfurt a. M. 1977.

Reichspräsidenten von Hindenburg« (Bd. I, S. 11) forderte. Die Sammlungsbewegung ging aus vom christlich-konservativen Lager, dem sich Bürgerlich-Liberale und schließlich auch die Sozialdemokraten anschlossen, nachdem alle Versuche, seitens der Arbeiterparteien einen gemeinsamen Kandidaten aufzustellen, fehlgeschlagen waren und die KPD (»Klasse gegen Klasse«) mit Ernst Thälmann ihren eigenen Kandidaten nominiert hatte.

Als nach Hindenburgs Tod im August 1934 das Zentralkomitee (ZK) der KPD ironischerweise selbst zu einer »Volksfront gegen Hitler« aufrief, galt dieser Appell lediglich dem Widerstand »drinnen«, obwohl an der Saar die Landeschefs von SPD und KPD bereits am 2.7. einen regional begrenzten, antifaschistischen Einheitsfrontpakt zum gemeinsamen Kampf für den Verbleib des Saarlands unter Völkerbundsmandat (»status quo«) geschlossen und kurz darauf – am 27.7. – die französischen Parteizentralen der Sozialisten (SFIO) und Kommunisten (PCF) einen *pacte d'unité d'action* unterzeichnet hatten, der dem Front populaire den Weg ebnete. Daß sich – im Gegensatz zu Frankreich – die Parteispitzen der beiden größten deutschen Arbeiterparteien niemals zu einem Einheitsfrontabkommen durchbringen konnten, war die Krux des ab Sommer 1935 gestarteten Pariser Volksfront-Unternehmens, das, wie die Autorin feststellt, »außerhalb des unmittelbaren Zugriffs« (Bd. I, S. XI) der in Prag (Sopade) bzw. Moskau (KPD) exilierten Parteiführungen erfolgte. Faktenreich und überzeugend schildert U. Langkau-Alex die Annäherung »von unten« zwischen exilierten Parteileuten und Intellektuellen, deren jeweiliger Einsatz in öffentlichen Protest- und Solidaritätsaktionen, Exilantenvertretungen und Hilfskomitees eine engere Zusammenarbeit auf einer gemeinsamen politischen Basis in den Bereich des Möglichen rückte. Nach Sondierungsgesprächen im Sommer/Herbst 1935 erfolgte am 2.2.1936 die große öffentliche Versammlung von über hundert Oppositionsvertretern in einem Salon des Pariser Hotels Lutetia, wo ein Aufruf zur Sammlung der deutschen Opposition, die Schaffung eines engeren Ausschusses zur Ausarbeitung einer politischen Plattform für Deutschland nach dem Sturz des Hitlerregimes (vgl. Bd. 3, Dok. 12–13) sowie die Herausgabe des gemeinsamen Nachrichtendienstes »Deutsche Informationen« beschlossen wurden.

Die auf der Lutetia-Konferenz signalisierte Bereitschaft, ein gemeinsames politisches Programm auszuarbeiten, wertet U. Langkau-Alex als wichtigen Durchbruch in den seit 1932 fixierten Fronten zwischen demokratisch und proletarisch-revolutionär orientierten Arbeiterparteien. Den nachfolgenden Diskussionen um Programme und Bündnispartner sowie dem weiteren Verlauf der Volksfront-Geschichte widmet sie Band 2 (1936–1939). Es ist hinreichend bekannt, daß die geplanten Verhandlungen schon im Ansatz steckenblieben und die Volksfront-Bewegung realiter nie über die Phase des (»vorbereitenden«) Ausschusses hinauskam, geschweige denn eine Exil-Regierung hervorgebracht hat. Die Gründe für diesen Mißerfolg werden hier jedoch eindringlich dokumentiert, angefangen mit den internen Schwierigkeiten des Ausschusses selbst, dessen Organisationsgeschichte die Autorin in Teil A. des zweiten Bandes nachgeht. Die Zusammensetzung des Volksfront-Ausschusses ebenso wie die der Programmkommission – die kommunistischen Vertreter waren direkt vom ZK designiert, hatten aber ebenso wenig wie die in kritischer Distanz zur Sopade handelnden SPD-Vertreter ein offizielles Mandat; bürgerliche Vertreter und Katholiken agierten als Einzelpersonen und von allen linken Splitterparteien hatte lediglich die Auslandsleitung der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) ordentliche Delegierte entsandt – provozierte Richtungskämpfe und Spannungen sogar unter Parteigenossen. Zusätzlichem Druck ausgesetzt fanden sich die Delegierten durch Einflußnahmen oder Krisen einzelner, ihnen verbundener Institutionen (Hilfskomitees, Presseorgane etc.) sowie durch wechselnde politische Strategien und Bündnisse der beteiligten Parteien. In diesem Zusammenhang stand auch die Ersetzung des KPD-Vertreters Willi Münzenberg durch Walter Ulbricht, die eine Kursänderung der KPD gegenüber dem Volksfront-Ausschuß ankündigte. (In höchster Instanz sollte die Komintern nur in der kurzen Zeitspanne zwischen dem VII. Weltkongreß 1935 und Februar/März 1937 die Volksfront-Politik tragen.)

Waren die Synergien des Pariser Ausschusses zunächst durch die Formierung der Volksfront-Koalitionen in Frankreich und Spanien beflügelt worden, so wirkten umgekehrt auch deren Probleme auf sie zurück: Das Abbröckeln des französischen Front Populaire, der Spanische Bürgerkrieg und das Verhalten der Kommunisten in den Internationalen Brigaden sowie zuletzt die Moskauer Schauprozesse unterhöhlten zunehmend die gemeinsame Arbeit und schürten das gegenseitige Mißtrauen. Die Pariser Programmdiskussionen verliefen dementsprechend kontrovers, und wurden auch bis in den Jahresbeginn 1938 hinein diskutiert – in Teil B. des zweiten Bandes analysiert U. Langkau-Alex die Programmentwürfe der einzelnen Gruppen –, so kamen die Absprachen über den im Volksfront-Aufruf vom 21.12.1936 fixierten Minimalkonsens im Grunde nicht hinaus. Für ein zukünftiges Deutschland vorgesehen waren u.a. demokratische Wahlen, Garantie der bürgerlichen Freiheiten bzw. Aufhebung der Ausnahme- und Rassengesetze, Schutz des Privateigentums, Verstaatlichung von Rüstungsindustrie und Großbanken sowie sozialstaatliche Maßnahmen. Doch auch die Brüchigkeit dieses Konsenses schlug sich unmittelbar im Text nieder. Dort hieß es: »Die Volksfront will keine neue Partei sein. [...] Alle in ihr vereinigten Parteien und Gruppen bleiben ihren besonderen weiterreichenden Zielen treu [sic!]. Alle eint der Wille, die braune Zwangsherrschaft zu vernichten. [...] *Unser nächstes Ziel ist der Sturz Hitlers und aller Peiniger des deutschen Volkes! Für Frieden, Freiheit und Brot!*« (Bd. III, S. 280ff.).

Die Partikularinteressen über den notwendigen Sturz Hitlers gestellt zu haben – dieser Vorwurf trifft letztlich alle Volksfront-Gruppen und es ist symptomatisch, wenn die Beziehungen zum Widerstand im Reichsgebiet nur einen kleinen Teil der von U. Langkau-Alex dokumentierten Pariser Aktivitäten umfassen. Das eklatanteste Beispiel ist die Gruppe Deutsche Volksfront in Berlin. Die sozialdemokratische Widerstandsgruppe, die aufgrund der in ihrem 10-Punkte-Programm propagierten Zusammenarbeit mit kommunistischen Gruppen von ihrem eigenen Parteivorstand eine Abfuhr erhalten hatte, hatte Verbindungen zur SFIO und zum Pariser Volksfront-Ausschuß herstellen können, wo Präsident Heinrich Mann ihr Programm im April 1937 immerhin diskutieren ließ. Zu gemeinsamen Aktionen sollte es jedoch nie kommen: Die Berliner Gruppe wurde im Herbst 1938 verhaftet, und der Volksfront-Ausschuß war zur Jahreswende 1937/38 auseinandergebrochen. Die Wiederbelebungsversuche und einige neue, bislang z. T. wenig bekannte Initiativen der Folgejahre 1938/39, die hier erstmals detailliert nachgewiesen sind, vermochten nicht viel an diesem Faktum zu ändern.

Band 3 läßt schließlich deutlich vor Augen treten, worin die wichtigste Aufgabe der Pariser Volksfront-Bewegung bestand: in der Konzentration, ja Konfrontation der geistigen und politischen Kräfte, als Ideenlaboratorium für ein neu zu schaffendes Deutschland. Eine umfangreiche, die historische Analyse in Band 1 und 2 begleitende Quellendokumentation enthält in kritischer Edition die markantesten der teils schwer zugänglichen Gruppen-Manifeste und Kampfprogramme, programmatischen Parteiverlautbarungen und Aufrufe des Pariser Volksfront-Ausschusses, deren Anstöße, so oder so, in die deutsche Geschichte nach 1945 Eingang gefunden haben.

Eine von November 1918 bis September 1939 reichende Chronik der wichtigsten Ereignisse, ein ausführliches, als Anleitung zu weiteren Forschungen zu nutzendes Quellen- und Literaturverzeichnis sowie ein über hundertseitiges Register beschließen den dritten Band. Ein Register, das dankenswerterweise auch den Dokumententeil einbezieht und nach Einzelnamen (inklusive der Erfassung von Pseudonymen), Organisationen bzw. Institutionen und Medien gegliedert ist, ermöglicht rasches Nachschlagen und gezielte Informationssuche in dem umfassenden Werk, das ohne jeglichen Zweifel die Referenz und Quintessenz zur deutschen Volksfront-Bewegung darstellt. Die drei schwarz-rot-gold gekleideten Bände sind wahrhaftig ein ›starkes Stück‹. Der Autorin sei hierfür vielmals gedankt.

Michaela ENDERLE-RISTORI, Tours